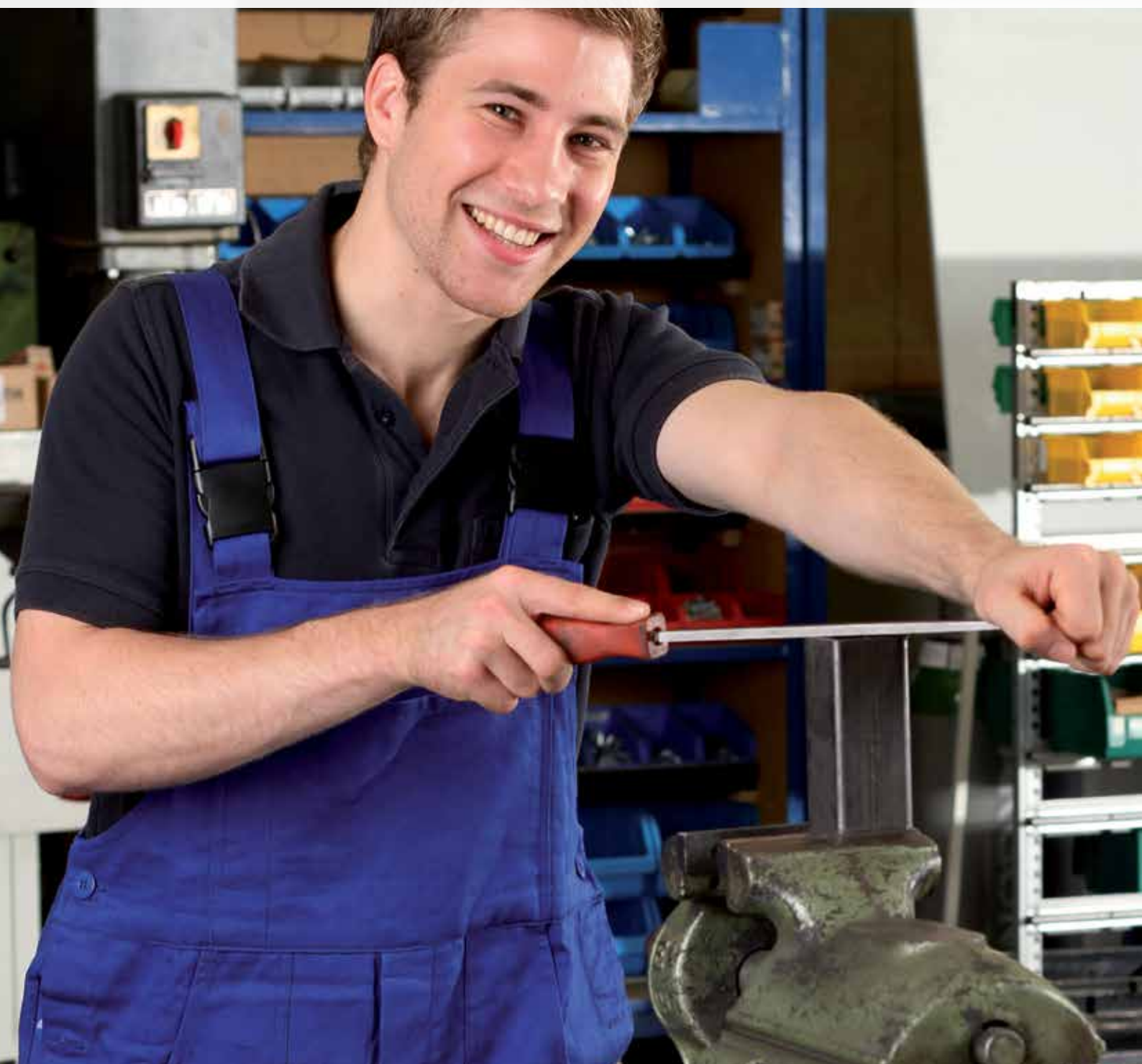


AUS DEM

maxiMILIANEUM

INFORMATIONEN DER CSU-FRAKTION IM BAYERISCHEN LANDTAG

MÄRZ 2013



Wir feilen an Ihrer Karriere!

ARBEITSMARKT BAYERN Gastbeiträge von Volker Kauder, MdB, und Prof. Dr. Gesine Stephan • Interview mit Joachim Unterländer, MdL • Klausurtagung Wildbad Kreuth • Berichte aus der Fraktion • Impressionen



Gastbeitrag von Volker Kauder



Maxi im Gespräch



Klausurtagung Wildbad Kreuth

Inhalt

Grußwort des Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid.....3

Gastbeitrag von Volker Kauder, MdB

„Ein gerechter Lohn ist Ausdruck der Würde des Menschen“4

Gastbeitrag von Prof. Dr. Gesine Stephan

„22 Prozent Lohnlücke“5

Klausurtagung in Wildbad Kreuth

„Bayerns Arbeitsmarkt – zukunftsfähig, erfolgreich und sozial gerecht“6/7

Maxi im Gespräch

*Interview mit Joachim Unterländer,
Vorsitzender des Arbeitskreises für Soziales, Familie und Arbeit.....8*

Berichte aus der Fraktion

Querschnitt unserer Arbeit9/10/11/14/15

Impressionen

Bildergalerie..... 12/13

Neue Webseite der CSU-Fraktion

Die CSU-Fraktion präsentiert sich in neuem Design..... 16

Impressum.....16



Berichte aus der Fraktion



Impressionen

BESTE ZUKUNFTSCHANCEN!

Liebe Leserinnen und Leser,

die beste Sozialpolitik sind zukunftsfähige Arbeitsplätze und faire Löhne. Dafür brauchen wir eine starke, verantwortungsvolle Wirtschaftswelt, die nicht auf Ellbogen, sondern auf die Menschen setzt.

Bayerns Wirtschaft ist stark. Fortschritt wird bei uns ermöglicht, nicht bekämpft. So ist Bayern heute, um nur ein Beispiel zu nennen, der bundesweit beste Standort für Firmengründungen im IT-Bereich. Dieser wirtschaftliche Erfolg zahlt sich gerade für die Menschen in Bayern aus: Noch nie haben die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer in Bayern so viel verdient und waren die Beschäftigungschancen so gut wie heute. In vielen Landesteilen herrscht Vollbeschäftigung. In kaum einer anderen Region in Europa ist die Jugendarbeitslosigkeit so niedrig wie bei uns. Das bedeutet: Beste Zukunftschancen gerade auch für unsere Jugend. Darauf bin ich ganz besonders stolz!

Wir verschließen aber auch nicht die Augen vor Schattenseiten. Fehlentwicklungen leugnen wir nicht, sondern bekämpfen sie zügig; wenn ich beispielsweise an das Thema „faire Löhne“ denke: Auf unserer vergangenen Klausurtagung in Wildbad Kreuth haben wir uns klar zu tariflichen Mindestlöhnen bekannt und gleichen Lohn für gleiche Arbeit gefordert.

Auch darf das eigentlich sinnvolle Instrument der Zeitarbeit die Arbeitnehmerrechte nicht aushöhlen. Darüber hinaus wollen wir die Arbeitswelt noch familiengerechter gestalten. Dabei müssen Politik und Staat mit gutem Beispiel vorangehen: In den kommenden Jahren wollen wir in Bayern den familienfreundlichsten Öffentlichen Dienst in ganz Deutschland verwirklichen. Und wir werden den Menschen weitere Zukunftschancen eröffnen. So stärken wir beispielsweise mit unserem Bildungsfinanzierungsgesetz, das wir diese Tage im Landtag beraten, mit zusätzlichen 421 Millionen Euro nochmals die frühkindliche und berufliche Bildung.

Lassen Sie uns in den kommenden Wochen nicht Wahlkampf führen, sondern hart arbeiten. Auf den folgenden Seiten geben wir Ihnen einen Einblick in unsere Landtagsarbeit im vergangenen Winter. Sie finden in dieser Ausgabe aber auch wichtige Weichenstellungen für die Zukunft Bayerns, die wir fair, erfolgreich und vor allem menschlich gestalten wollen.

Mit besten Grüßen

Georg Schmid
Georg Schmid





Volker Kauder, MdB, bekennt sich zum „C“ im Parteinamen von CDU/CSU und zur sozialen Marktwirtschaft.

EIN GERECHTER LOHN IST AUSDRUCK DER WÜRDE DES MENSCHEN

Ein Beitrag des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Volker Kauder, MdB

CDU und CSU handeln auf der Grundlage des christlichen Menschenbildes. Das „C“ und unser Bekenntnis zur Sozialen Marktwirtschaft sind Leitlinien für unsere Arbeitsmarktpolitik. Sie müssen auch unser Maßstab sein, wenn wir unsere Antwort auf die Forderung nach „fairen Löhnen“ formulieren. Mit unserem Konzept eines tariflich vereinbarten Mindestlohns werden wir nicht nur unseren Leitbildern gerecht. Wir werden auch unsere Arbeitswelt noch ein Stück im Sinne der Menschen verbessern – ohne die wirtschaftliche Vernunft über Bord zu werfen.

Warum? Der Grundgedanke der Sozialen Marktwirtschaft ist die Aussöhnung von Kapital und Arbeit. Das Interesse der Unternehmen an Gewinn muss mit dem Interesse der Arbeitnehmer an einem ihrer Arbeit entsprechenden Lohn zum Ausgleich gebracht werden. Nur dann ist eine Marktwirt-

schaft sozial, nur dann sind Arbeit und Kapital keine Gegensätze. Die katholische Soziallehre sagt uns darüber hinaus, dass Arbeit nicht



einfach eine Ware sein darf, sondern zutiefst „Ausdruck der menschlichen Person“ ist. Der Augsburger Weihbischof Anton Losinger hat vor einiger Zeit auf einem Kongress der CDU/

CSU-Bundestagsfraktion den Schluss gezogen, dass daher der Arbeit ein besonderer Respekt, eine besondere Achtung und Würde zukommen müsse. Das kann für die CDU und CSU nur heißen, dass jeder Arbeitnehmer für seine Arbeit angemessen entlohnt werden muss. Ansonsten würde er tatsächlich zur Ware degradiert.

Es ist umstritten, wie dieser angemessene Lohn festgesetzt werden soll. Auch hier geben uns die Grundgedanken der Sozialen Marktwirtschaft den richtigen Kompass. Danach braucht der Arbeitsmarkt sicher verbindliche Regeln. Aber auch der Freiheit muss noch genügend Raum bleiben. Mit dem Schutz der Tarifautonomie hat das Grundgesetz beide Gedanken verbunden. Unsere Verfassung räumt der Tarifautonomie zu Recht einen hohen Rang

ein. Es ist richtig, dass diejenigen die Regeln für das Arbeitsleben schaffen sollen, die am nächsten an ihm dran sind – Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände. Das Grundgesetz sagt damit indirekt auch, dass sich der Staat aus der Gestaltung der Arbeitsbedingungen möglichst heraushalten soll. Darum sollte es tarifliche, nicht aber gesetzliche Mindestlöhne geben.

Wer nach gesetzlichen Mindestlöhnen ruft, erkennt, dass sich die Tarifautonomie bewährt hat. Niemand wird doch wohl bestreiten, dass die Tarifparteien den in der Sozialen Marktwirtschaft notwendigen Ausgleich erreichen. Sie schaffen es doch einen gerechten Lohn für die geleistete Arbeit festzulegen, ohne die Zukunftsfähigkeit der Arbeitsplätze zu gefährden. Die große Masse der Arbeitnehmer nimmt am Wohlstand teil,

gerade weil es die Tarifautonomie gibt, und nicht weil die Tarifparteien versagt hätten.



Dennoch gibt es Löhne, bei denen sich viele zu Recht fragen, ob diese noch angemessen oder fair sind. Oft existieren in Branchen oder einzelnen Regionen aber keine Tarifverträge, oder sie können nicht für allgemeinverbind-

lich erklärt werden. Das zeigt: Es gibt Fehlentwicklungen. Die Politik ist aufgefordert, einen Weg dafür zu bereiten, dass diese abgestellt werden. Genau das sieht das Modell von CDU und CSU vor. Danach werden die Tarifparteien Mindestlöhne dort festsetzen, wo dies nötig ist. Bei einem Dissens in der gemeinsamen Kommission wird ein neutraler Vorsitzender eine Entscheidung über einen gerechten Lohn für die Arbeitnehmer herbeiführen.

Es ist Ausdruck des Respekts vor der Leistung der Arbeitnehmer, dass ein Mechanismus zur Festsetzung von tariflichen Mindestlöhnen eingeführt wird. Dabei werden am Ende Löhne stehen, die dem Wert von Arbeit gerecht werden. Die bewährten Grundsätze unserer Politik werden verwirklicht. ■

22 PROZENT LOHNLÜCKE

Ein Beitrag von Prof. Dr. Gesine Stephan

Am 21. März war in Deutschland der Equal Pay Day – der Tag, bis zu dem Frauen nach Ablauf eines Jahres länger arbeiten müssen, um dasselbe Gehalt zu erzielen, das Männer bereits am 31. Dezember des Vorjahres hatten. Die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern liegt in Deutschland – bezogen auf den Bruttostundenlohn – immer noch bei 22 Prozent und damit deutlich über dem OECD-Durchschnitt. Die Lohnlücke steigt dabei mit dem Alter und mit dem Bildungsniveau.

Was steckt dahinter? Auf der Hand liegt, dass sich Qualifikation und Tätigkeiten von Männern und Frauen im Mittel unterscheiden können. Zwar verfügen junge Frauen inzwischen über eine im Schnitt bessere Schulbildung und haben eine höhere Studienberechtigungsquote, allerdings nutzen sie diese seltener als Männer. Sie wählen auch häufiger typische Frauenberufe, in denen die Entlohnung traditionell niedriger ist als in typischen Männerberufen. Zudem sind Frauen in Führungspositionen nach wie vor stark unterrepräsentiert. Außerdem zeigen Berechnungen des Statistischen Bundesamtes, dass Frauen bei identischer Qualifikation und Tätigkeit pro Stunde im Mittel immer noch acht Prozent weniger als ihre männlichen Kollegen verdienen.

Worauf kann die verbleibende Lohnlücke zurückgehen? Frauen unterbrechen ihre Erwerbskarriere aufgrund von Kinderbetreuung und Pflege deutlich häufiger als Männer und

haben deswegen auch höhere Flexibilitätsbedürfnisse. Männer können daher mehr Berufserfahrung als Frauen sammeln; deren vorhandene Berufserfahrung kann während Erwerbsunterbrechungen sogar veralten. Eine systematische Ungleichbehandlung – nicht nur bei der Entlohnung, sondern auch bei Einstellungen und Beförderungen – läge nur dann vor, wenn Frauen und Männer unterschiedliche Zugangsmöglichkeiten zu bestimmten Tätigkeiten hätten. Auffällig ist aber schon: Tätigkeiten mit hohem Frauenanteil werden im Schnitt schlechter entlohnt.

Was können Frauen selbst tun, um Lohnunterschiede weiter abzubauen? Sie profitieren insbesondere davon, wenn sie ihre Erwerbskarriere aus familiären Gründen nur kurz unterbrechen und möglichst schnell wieder eine Vollzeittätigkeit aufnehmen. Es gibt darüber hinaus Hinweise, dass Frauen weniger hart um höhere Löhne und um bessere Arbeitsplatzbedingungen verhandeln als Männer – wobei nicht immer klar ist, ob hartes Verhandeln bei Frauen genauso akzeptiert wird wie bei Männern. Wie können Unternehmen dazu beitragen, die verbleibenden Einkommensunterschiede weiter abzubauen? Zentrale Stellschrauben sind erstens die Arbeits- und Leistungsbewertung sowie zweitens eine familienfreundliche Personalpolitik, insbesondere das Angebot flexibler Arbeitszeiten. Unternehmen sollten zudem eine Umgebung



Gesine Stephan ist Leiterin des Forschungsbereichs „Arbeitsförderung und Erwerbstätigkeit“ des Instituts für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) und Professorin an der Universität Erlangen-Nürnberg.

schaffen, in der sich Frauen dem Beförderungswettbewerb stellen mögen – etwa durch Mentoring-Programme und flexible Karrierepfade. Wo kann die Politik ansetzen, um die verbleibenden Einkommensunterschiede weiter abzubauen? Zunächst ist es wichtig, Anreize dafür zu setzen, dass sich Erwerbsunterbrechungen in der Zukunft gleichmäßiger auf beide Geschlechter aufteilen. Dabei können qualitativ hochwertige Dienstleistungen – im Bereich der Ganztageskinderbetreuung, aber auch der Pflege – die Vereinbarkeit von Berufs- und Privatleben erleichtern. Darüber hinaus sind Regelungen im Abgabe- und Steuerrecht abzubauen, die für Frauen eine Nichterwerbstätigkeit oder Teilzeitarbeit erst attraktiv machen. ■



WILDBAD KREUTH 2013

„Bayerns Arbeitsmarkt – zukunftsfähig, erfolgreich und sozial gerecht“

Arbeitsmarkt, Innere Sicherheit und Finanzpolitik waren die Schwerpunktthemen unserer diesjährigen Klausurtagung in Wildbad Kreuth. Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble und Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich waren diesmal zu Gast bei der Fraktion. Außerdem haben die CSU-Landtagsabgeordneten mit Frank-Jürgen Weise, dem Chef der Bundesagentur für Arbeit, Prof. Dr. Ferdinand Kramer von der LMU München und Dr. Thomas Alt von der metaio GmbH über gute Arbeitsplätze, wirtschaftlichen Erfolg, sozialen Aufstieg und Lebensqualität von morgen diskutiert.

Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, stellte die derzeitige Arbeitsmarktsituation in Bayern dar. Bayern sei der Jobmotor Deutschlands mit einer exzellenten Arbeitsmarktsituation. Er betonte den guten Kontakt zwischen der Arbeitsagentur und der Bayerischen Staatsregierung, der eine sehr erfolgreiche Zusammenarbeit beider Seiten zum Wohle Bayerns ermögliche. Zudem begrüßte er das von der CSU-Fraktion verabschiedete **Positionspapier** „Bayerns Arbeitswelt – zukunftsfähig, erfolgreich und sozial gerecht!“.

Fraktionsvorsitzender Georg Schmid dankte dem Vorsitzenden des Wirtschaftsausschusses Erwin Huber und dem sozialpolitischen Sprecher der CSU-Fraktion, Joachim Unterländer, für die gemeinsame Erarbeitung der Entschließung. Diese verknüpfe wirtschaftliche Überlegungen mit sozialem Ausgleich. Einstimmig sprach sich die Fraktion für das

Positionspapier aus: Für faire Löhne, einen tariflichen Mindestlohn, eine Begrenzung der Zeitarbeit auf ein vernünftiges und sozial verträgliches Ausmaß, die Begrenzung prekärer Beschäftigungen, beste Ausbildungs-, Fort- und Weiterbildungsangebote, gleichen Lohn für gleiche Arbeit – unabhängig vom Geschlecht, eine familienfreundliche Gestaltung der Arbeitswelt und für die Schaffung neuer Arbeitsplätze, vor allem auch in technologischen Zukunftsfeldern sowie im ländlichen Raum.

Die Entwicklung Bayerns zum Erfolgsland beschrieb Prof. Dr. Ferdinand Kramer, Lehrstuhlinhaber für Bayerische Geschichte und Vergleichende Landesgeschichte an der LMU München. Ein wesentlicher Bestandteil des bayerischen Erfolgs begründe sich darin, dass bei der fortschrittlichen Entwicklung des Landes stets auf ganz Bayern gesetzt wurde, auf Stadt und Land. Bayern habe weiter bei wichtigen Infrastrukturprojekten auf Erschließung und nicht nur auf Bedarfsdeckung gesetzt. So wurde eine positive Entwicklung des ganzen Landes angeschoben. Beispielsweise wurde mit dem Bau der A 93 der Grundstein für die gute Entwicklung der Region Regensburg gelegt.

Dr. Thomas Alt, Geschäftsführer der metaio GmbH, berichtete von seinen Erfahrungen als junger Unternehmensgründer. Nach seinem Studium an der TU München gründete er ein Unternehmen im Bereich der Augmented Reality, einer Software, die Smartphones mit realen Gegenständen verbindet. Dr. Alt

betonte, wie wichtig die gute Verbindung zu großen Konzernen für junge Unternehmen sei. Generell sei ein weitläufiges Netzwerk in Gründerzentren von immenser Bedeutung. Hervorragende Universitäten im technisch-naturwissenschaftlichen Bereich, leichter Zugang zu Risikokapital, eine gute Verkehrsinfrastruktur sowie zahlreiche Netzwerkveranstaltungen für High-Tech-Gründer beförderten (wie im amerikanischen Silicon Valley) die Unternehmensgründungen in technologischen Zukunftsfeldern. Bayern als bundesweit bester Standort für Gründungen in der IT-Branche bietet hier bereits eine ausgezeichnete Grundlage. Das Ziel der CSU-Fraktion sei, so Fraktionsvorsitzender Georg Schmid, Bayern zu dem Gründungsland in Deutschland und Europa auszubauen. ■



Videos aus
„WILDBAD KREUTH 2013“
finden Sie auf:
www.youtube.com/user/FraktionsTV

IMPRESSSIONEN



Ministerpräsident Horst Seehofer und Fraktionsvorsitzender Georg Schmid eröffnen mit einer gemeinsamen Pressekonferenz die Klausurtagung in Wildbad Kreuth.



„Keine Freiheit ohne Sicherheit – dieses Motto gilt nach wie vor“ betonte Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich und wies in einer Pressekonferenz darauf hin, dass dieser Grundsatz seit Langem wesentlicher Bestandteil der Politik der Union sei. Mit im Bild (v.l.): Innenminister Joachim Herrmann, MdL, Justizministerin Dr. Beate Merk, MdL, sowie Fraktionsvorsitzender Georg Schmid, MdL.



Finanzminister Markus Söder, MdL, im Gespräch mit seinem Fraktionskollegen Klaus Steiner, MdL.



Grundsatzreferat von Ministerpräsident Horst Seehofer. Mit im Bild: die stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden Karl Freller, MdL, und Alexander König, MdL, sowie Staatskanzleichef Thomas Kreuzer, MdL (v.l.).



Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe im Deutschen Bundestag, Gerda Hasselfeldt, MdB, berichtet der CSU-Landtagsfraktion aus Berlin.



Bundesfinanzminister Dr. Wolfgang Schäuble, MdB, lobte ausdrücklich das Vorhaben Bayerns, bis zum Jahr 2030 komplett schuldenfrei zu sein, und bezeichnete die Pläne als „realistisch und richtig“.



Der Vorstandsvorsitzende der Bundesagentur für Arbeit, Frank-Jürgen Weise, stellte die derzeitige Arbeitsmarktsituation in Bayern dar. Bayern sei der Jobmotor Deutschlands mit einer exzellenten Arbeitsmarktsituation.

FAMILIEN- FREUNDLICHE ARBEITSWELT



Interview mit Joachim Unterländer, Vorsitzender des Arbeitskreises für Soziales, Familie und Arbeit der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

*„Wir wollen keine berufsge-
rechten Familien, sondern
familiengerechte Berufe“,
so Abgeordneter
Joachim Unterländer.*

Herr Unterländer, wenn es um die Entscheidung für oder gegen Kinder geht, spielen die Arbeitsbedingungen eine immer gewichtigere Rolle. Junge Paare sehen nicht selten durch Kinder ihre Karrierechancen gefährdet und zögern daher oft bei der Familiengründung. Was muss sich hier ändern?

Unterländer: Die heutige Generation steht vor großen Herausforderungen, was die Betreuung von Kindern, die Anforderungen der Arbeitswelt und die finanzielle Absicherung des Familienglücks anbelangt. Wir wollen Eltern, so gut es geht, dabei unterstützen und ihnen die Entscheidung, welchen Weg sie gehen, selbst überlassen. Deshalb bauen wir flächendeckend Betreuungsangebote im frühkindlichen und schulischen Bereich aus und setzen uns für eine bessere Anerkennung der eigenen Betreuungsleistung der Eltern ein. Besondere Bedeutung kommt aber auch der Schaffung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen zu. Wir wollen keine berufsgerechten Familien, sondern familiengerechte Berufe. Berufliche Gründe dürfen kein Hindernis für ein „Ja“ zur Familie sein. Nur wenn alle Akteure für bessere Rahmenbedingungen sor-

gen, werden sich wieder mehr junge Paare für Kinder entscheiden.

Was unternimmt der Freistaat Bayern konkret, um die Rahmenbedingungen für junge Familien zu verbessern?

Unterländer: Ein ganz wichtiger Baustein ist natürlich der Ausbau der Kinderbetreuung. Bayern hat bislang rund 688 Millionen Euro zusätzlich zu den bereits aufgebrauchten Bundesmitteln in Höhe von 340 Millionen Euro für den Krippenausbau bereitgestellt. Kein anderes Land hat Investitionskostenzuschüsse in dieser Höhe geleistet. Die Bilanz der letzten fünf Jahre kann sich deshalb sehen lassen: Die Versorgungsquote bei Betreuungsplätzen für Kinder im 2. und 3. Lebensjahr konnte von 10 Prozent auf jetzt 43 Prozent vervierfacht werden! Darüber hinaus entlasten wir seit dem Kindergartenjahr 2012 bayernweit 100.000 Familien bei den Beiträgen für das letzte Kindergartenjahr um 600 Euro und ab 2013 sogar um 1.200 Euro pro Jahr. Und nicht zuletzt unterstützt der Freistaat Familien bei der Erziehung mit dem Bayerische Landeserziehungsgeld – übrigens die höchste derartige Landesleistung bundesweit. Allein 2013 haben wir hier rund 83 Millionen Euro investiert und damit über 40 Prozent aller bayerischen Familien erreicht.

Sie haben es bereits angedeutet: Die Vereinbarkeit von Beruf und Familie hängt zu einem wesentlichen Teil auch von den Arbeitgebern ab. Welche Herausforderungen bestehen hier?

Unterländer: Bayerns Arbeitswelt muss von den Unternehmen noch familienfreundlicher gestaltet werden. Karriere und Familie müssen noch besser miteinander vereinbar sein. Junge Eltern, gerade auch Väter, wollen mehr Zeit mit ihren Kindern verbringen. Die Arbeitgeber sollten ihnen die Möglichkeit dazu geben. Deshalb wollen wir bis 2018 die „Vätermonate“ beim Elterngeld verdoppeln, Arbeitszeiten stärker flexibilisieren, „Auszeiten“ für Erziehung und Pflege leichter ermöglichen sowie Aufstiegs- und Qualifizierungsmöglichkeiten für Mütter und Väter verbessern. Vor allem der Wiedereinstieg in den Beruf nach familienbedingten Erwerbsunterbrechungen muss ohne Qualifikationsverlust möglich sein. Deshalb fordern wir mehr Engagement für die berufliche Weiterqualifikation während Familienpausen. Und wir brauchen flexible Arbeitszeiten, insbesondere auch in Führungspositionen. Zeitplanung muss für Familien verlässlicher möglich sein – und das unabhängig von der konjunkturellen Situation der Wirtschaft. Im Öffentlichen Dienst wollen wir vorangehen und Tele- und Wohnraumarbeitsplätze vermehrt ausbauen. Vor allem Frauen und Männer, die sich in Erziehungs- und Pflegephasen befinden, sollen künftig verstärkt Tele- und Wohnraumarbeitsplätze nutzen können. Zudem wollen wir vermehrt „Mutter-Vater-Kind-Arbeitsplätze“ im Öffentlichen Dienst schaffen, an denen – beispielsweise im Krankheitsfall – das Kind an den Arbeitsplatz der Eltern mitgenommen und dort in speziell eingerichteten Räumen gut betreut werden kann. Schließlich sollen alle Ämter und Behörden des Freistaats eine Zertifizierung ihrer Familienfreundlichkeit anstreben. ■

BILDUNGSFINANZIERUNGSPAKET

Gleiche Verteilung von Chancen im Bildungssystem und auf dem Arbeitsmarkt

„Die CSU-Fraktion wird die Studienbeiträge abschaffen und gleichzeitig die berufliche und frühkindliche Bildung stärker fördern. Bei all dem steht die finanzpolitische Solidität des Freistaats an oberster Stelle“, betont Fraktionsvorsitzender Georg Schmid.

Im Gegensatz zu Baden-Württemberg oder Nordrhein-Westfalen gehe die Abschaffung der Studienbeiträge in Bayern mit einer soliden Haushaltspolitik Hand in Hand. „Dank der erfolgreichen Wachstumspolitik kann das Bildungsfinanzierungsgesetz im Umfang von 421 Millionen Euro aus zusätzlichen Steuereinnahmen finanziert werden. Konkret haben wir folgende Eckpunkte des geplanten Bildungsfinanzierungsgesetzes beschlossen:

- Die Studienbeiträge werden zum Winterse-

mester 2013/14 abgeschafft, gleichzeitig erhalten die Universitäten einen vollständigen Ersatz der Studienbeiträge aus dem Staatshaushalt.

- Im Bereich der beruflichen Bildung wird ein Meisterbonus in Höhe von 1.000 Euro eingeführt.
- Zudem wird es künftig einen Pflegebonus geben, der die Schüler an Altenpflegeschulen, Kinderpflegeschulen und an Fachakademien für Erzieher von der Schulgeldpflicht freistellt.
- Die frühkindliche Bildung wird mit einer Qualitätsoffensive in Höhe von 125 Millionen Euro gefördert. Damit soll insbesondere der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule weiter verbessert werden.
- Die Kindergartengebühr wird ab dem 1. September 2014 für das zweite Kindergar-

tenjahr um 50 Euro pro Monat reduziert.

- Zur Umsetzung des Betreuungsschlüssels von 1:11 in Kindergärten ist zeitnah ein Gespräch des Ministerpräsidenten mit den kommunalen Spitzenverbänden geplant.
- Zusätzliche 150 Millionen Euro im Jahr 2013 ermöglichen eine deutlich schnellere Abfinanzierung von Baumaßnahmen im Privatschulbereich sowie im Sportstättenbau.
- Knapp eine halbe Milliarde Euro gehen zusätzlich in die Schuldentilgung, sodass im Doppelhaushalt 2013/14 insgesamt 1,5 Milliarden Euro Schulden getilgt werden.

Die erneute Tilgung unterstreicht die hohe Priorität des Schuldenabbaus, mit dem Bayern Vorbild in ganz Europa ist“, so Georg Schmid abschließend. ■



Unternehmer Mahir Zeytinoglu zusammen mit dem Integrationsbeauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Martin Neumeyer, Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle und CSU-Fraktionschef Georg Schmid.

GEMEINSAM LEBEN UND WIRTSCHAFTEN

Unternehmerabend der Arbeitsgruppe Integration und Islam

Zu einem Meinungsaustausch lud die CSU-Fraktion vor allem bayerische Unternehmerinnen und Unternehmer mit Migrationshintergrund in den Landtag ein. Kultusminister Dr. Ludwig Spaenle lobte die überdurchschnittlich guten Bildungserfolge bayerischer Schulkinder mit Migrationshintergrund. Dies sei auch als Erfolg der bayerischen Bildungspolitik zu werten. So habe man beispielsweise in München gut

100 neue Klassen geschaffen, um eine noch individuellere Betreuung von Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund zu ermöglichen. Sprache und Bildung seien die zentralen Schlüssel zu einer gelungenen Integration. Der Vorsitzende der AG Integration Martin Neumeyer, MdL, dankte den anwesenden Unternehmerinnen und Unternehmern für ihr Engagement: „Als Selbstständige arbeiten Sie nicht nur selbst, son-

dern auch ständig.“ Dabei erbrächten die Männer und Frauen nicht nur eine große Leistung für ihre Firmen, sondern auch für die Gesellschaft, etwa durch die vielen Arbeits- und Ausbildungsplätze, die sie hierzulande schaffen. Eine niedrige Arbeitslosenquote wie in Bayern, insbesondere die niedrige Jugendarbeitslosigkeit, ermögliche den jungen Menschen mehr Unabhängigkeit und Eigenständigkeit. ■

FRAKTION INTERN

■ Die CSU-Fraktion gratuliert:

Jürgen Ströbel

zum 65. Geburtstag am 16. Dezember
(Liste Mittelfranken).

Dr. Marcel Huber

zum 55. Geburtstag am 10. Januar.
Der Staatsminister für Umwelt und
Gesundheit vertritt die Interessen seines
Stimmkreises Mühldorf am Inn.

Albert Füracker

zum 45. Geburtstag am 3. Februar. Er
vertritt den Stimmkreis Neumarkt in
der Oberpfalz und ist Vorsitzender des
Ausschusses für Ernährung, Landwirt-
schaft und Forsten.

Sylvia Stierstorfer

zum 50. Geburtstag am 22. Februar.
Die stellvertretende Vorsitzende des Aus-
schusses für Eingaben und Beschwerden
vertritt den Stimmkreis Regensburg-
Land-Ost.

Konrad Kobler

zum 70. Geburtstag am 28. Februar. Er
vertritt die Interessen seines Stimmkreises
Passau-Ost seit 1982 im Bayerischen
Landtag.

Berhold Rütth

zum 55. Geburtstag am 28. März. Der
Sportpolitische Sprecher der CSU-Frak-
tion vertritt den Stimmkreis Miltenberg.

ZUKUNFT DER KOMMUNALEN TRINKWASSERVERSORGUNG

Klares Nein zur Liberalisierung der Trinkwasserversorgung



Die CSU-Landtagsfraktion bekräftigte in ihrer letzten Sitzung vor Ostern ihr klares Nein zu einer Liberalisierung der Trinkwasserversorgung. „Wir bleiben dabei: Die Trinkwasserversorgung gehört in die Hände der Kommunen. Nur so können wir dauerhaft eine nachhaltige und sichere Versorgung unserer Bevölkerung mit hochwertigem und bezahlbarem Trinkwasser sicherstellen“, betonte Georg Schmid, Vorsitzender der CSU-Landtagsfraktion.

Hintergrund der aktuellen Debatte sind die Pläne der Europäischen Union für eine Richtlinie über die Konzessionsvergabe, die auch auf den Wassersektor Anwendung finden soll. Auch wenn nach dem Richtlinienentwurf keine Privatisierungspflicht für die Trinkwasserversorgung besteht, so droht durch die Brüsseler Pläne in bestimmten Fällen doch eine Öffnung des europäischen Marktes für diese zentrale kommunale Aufgabe der Daseinsvorsorge. Dies gilt namentlich für die Kommunen, die ihre Wasserversorgung auf sog. Mehrsparten-Stadtwerke übertragen wollen.

Um dies zu verhindern, hat die CSU-Fraktion bereits im vergangenen Jahr verschiedene Initiativen gestartet, die sich gegen die Normierung der Dienstleistungskonzession allgemein und die Liberalisierung der Trinkwasserversorgung im Besonderen richten. Auch die Bayerische Staatsregierung ist bereits frühzeitig sowohl auf Bundes- als auch auf europäischer Ebene gegen die Pläne der Kommission aktiv geworden.

„Der jüngste Vorschlag von Binnenmarktkommissar Michel Barnier, bei Anwendung des 80%-Kriteriums bei Mehrsparten-Stadtwerken nur noch auf die Aktivitäten im Wassersektor abstellen zu wollen, ist ein Schritt in die richtige Richtung. Dies reicht uns aber noch nicht aus. Vielmehr muss die Trinkwasserversorgung ganz aus der Richtlinie herausgenommen werden. Für dieses Ziel werden wir uns gemeinsam mit den CSU-Parlamentariern im Bundestag und Europäischen Parlament weiter nachdrücklich einsetzen“, so Schmid abschließend. ■

REFORM DES LÄNDERFINANZAUSGLEICHS

Abstimmung wurde zum „Bayern-Test“

In der Debatte zur Reform des Länderfinanzausgleichs zugunsten Bayerns haben die Abgeordneten der SPD und der Grünen „Nein“ zu Bayern gesagt.

Den vom Landtag beschlossenen Dringlichkeitsantrag der CSU, der eine Klage des Freistaats vor dem Bundesverfassungsgericht

ausdrücklich begrüßt, haben SPD und Grüne abgelehnt. „Die Abstimmung war der ‚Bayern-Test‘ und SPD und Grüne sind durchgefallen“, so CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid. Dabei versicherte der CSU-Politiker, dass Bayern auch künftig solidarisch sein wolle. Schließlich solle der Länderfinanzausgleich ja nicht gänzlich abgeschafft werden.

„Aber wir brauchen einen Länderfinanzausgleich, der Anreize zur Haushaltskonsolidierung setzt, anstatt die Fleißigen zu bestrafen!

Wir machen Politik nach dem christlichen Menschenbild. Jeder muss seinen Beitrag leisten. Und wer sich nicht selbst helfen kann, dem müssen wir helfen. Wir geben Hilfe zur Selbsthilfe, aber wir wollen keine voraussetzungsfreie Alimentierung“, so Schmid in seiner Rede im Plenum des Bayerischen Landtags.

Den Dringlichkeitsantrag zum Thema „Länderfinanzausgleich“ finden Sie auf unserer Internetseite unter www.csu-landtag.de. ■



Verena Weigand, Bayerische Landeszentrale für neue Medien, Dr. Christoph Habammer, Leiter der Stabsstelle des IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung, Staatssekretär Bernd Sibler, Peter Schwertschlag, Schulleiter des Gymnasiums bei St. Anna in Augsburg, Abgeordneter und Moderator Georg Eisenreich, Prof. Dr. Frank Fischer, Lehrstuhl für empirische Pädagogik und pädagogische Psychologie an der LMU München, sowie Christine Hauck, Vorstandsvorsitzende des Bündnisses für Bildung.

TAG DES DIGITALEN LERNENS

Digitale Medien eröffnen neue Möglichkeiten

„Wir möchten, dass an unseren Schulen digitale Medien stärker für das Lehren und Lernen genutzt und unsere Schülerinnen und Schüler auf einen verantwortungsbewussten Umgang mit diesen Medien vorbereitet werden“, erklärte Georg Eisenreich, Vorsitzender des Arbeitskreises für Bildung, Jugend und Sport anlässlich des Tags des digitalen Lernens am 7. März. Denn digitale Werkzeuge und Medien bieten vielfältige Chancen für die Schule des 21. Jahrhunderts.

Wie Medienkompetenz im Unterricht vermittelt werden kann und wie die neuen Medien Einzug in die schulische Praxis finden, damit hat sich die CSU-Fraktion im Rahmen der Zukunftsstrategie „Bayern 3.0 – Digital in die Zukunft“ intensiv befasst. Möglichkeiten der

konkreten Umsetzung wurden am Tag des digitalen Lernens diskutiert. Im Rahmen der Veranstaltung wurde u. a. das Projekt „Referenzschulen für Medienbildung“ vorgestellt, bei dem die beteiligten Schulen jeweils ein eigenes Programm zur Medienerziehung entwickeln. Ausgehend von 90 Medienreferenzschulen kommen jährlich rund 30 neue Schulen als Multiplikatoren dazu, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen wieder an andere Schulen weitergeben. „Im neuen Internetportal ‚mebis – Landesmedienzentrum Bayern‘, das derzeit in einer Pilotphase an den 90 Referenzschulen erprobt wird, sollen unseren Lehrkräften wertvolle Hilfestellungen für das digitale Lernen zur Verfügung gestellt werden“, so Bernd Sibler, Staatssekretär im Kultusministerium. Die Internetplattform www.mebis.bayern.de

bietet neben einer Mediathek auch Beratungs- und Fortbildungsangebote sowie Informationen zur Förderung der Medienkompetenz von Schülerinnen und Schülern. Gleichzeitig stellt sie auch eine zentrale Lernplattform mit virtuellen Klassenzimmern zur Verfügung. Dort können Schülerinnen und Schüler gemeinsam an Projekten arbeiten oder nach ihrem eigenen Tempo und Lernfortschritt üben.

„Wissensvermittlung, Werteerziehung und Persönlichkeitsbildung sind und bleiben auch im digitalen Zeitalter zentrale Herausforderungen für unsere Schulen. Die digitalen Medien eröffnen umfangreiche neue Möglichkeiten und Chancen für Schule und Unterricht. Wir wollen diese, so gut es geht, nutzen“, so Eisenreich. ■

KRÄFTIGE UNTERSTÜTZUNG FÜR KOMMUNEN

Staatsregierung baut Förderstau bei der Wasserversorgung und Abwasserentsorgung ab

„Wieder einmal zeigt sich, dass die CSU-geführte Staatsregierung die Anliegen der Kommunen ernst nimmt und sie bei ihren kommunalen Aufgaben tatkräftig unterstützt. Die Versorgung mit Trinkwasser geht jeden an. Mit der Förderung von Wasserversorgungs- und Abwasserentsorgungsanlagen sowie privaten Kleinkläranlagen sichern wir die hochwertige Wasserversorgung aller in Bayern lebenden Bürger von Aschaffenburg bis Garmisch-Partenkirchen.“ Mit diesen Worten lobte Dr. Otto Hünnerkopf, Vorsitzender des Arbeitskreises Umwelt und

Gesundheit der CSU-Fraktion, die Anfang März zur Auszahlung angewiesenen Fördermittel des Freistaats Bayern.

Die Wasserversorgung und die Abwasserentsorgung gehören zu den Grundbedürfnissen eines jeden Menschen. Das Bayerische Staatsministerium für Umwelt und Gesundheit baut jetzt den Förderstau für die kommunale Wasserversorgung und Abwasserentsorgung vollständig ab. Dies teilte das Staatsministerium dem Abgeordneten Dr. Hünnerkopf auf Nachfrage mit. Im März

würden als erste Tranche im Jahr 2013 38,2 Millionen Euro auf Grundlage der bis Februar 2013 eingegangenen Förderanträge ausbezahlt.

In der Vergangenheit habe für die Bauträger eine Wartezeit von über einem Jahr bis zur Auszahlung von zugesagten Fördermitteln bestanden. „Dank der guten wirtschaftlichen Entwicklung im Freistaat und der soliden Haushaltspolitik der Staatsregierung ist uns nun ein völliger Abbau der Wartezeit gelungen“, freute sich der CSU-Politiker. ■

FRAKTION IN AKTION



Austausch der Arbeitsgruppe Integration und Islam mit Elfriede Ohrnberger, Leiterin der Grundsatzabteilung im Bayerischen Kultusministerium, zum Thema „Bildungschancen von Kindern mit Migrationshintergrund“.



Bei einem Parlamentarischen Abend führte Fraktionsvorsitzender Georg Schmid gemeinsam mit seinen Kolleginnen und Kollegen der CSU-Fraktion aufschlussreiche Gespräche mit den Vertretern des Landesverbandes und der Landesvereinigung Bayern des THW. Dabei haben die Abgeordneten den Vertretern des THW ihre Hochachtung für die wichtige und hochqualifizierte Arbeit des Hilfswerks ausgesprochen.



Gedankenaustausch der Arbeitsgruppe Junge Gruppe mit der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, MdB.



Bei einem Parlamentarischen Frühstück mit der niederbayerischen Firma „Mono-Erschließungs-Systeme“ am 27. Februar 2013 informierten sich die Abgeordneten der CSU-Landtagsfraktion über ein patentiertes System für ressourcenschonende und kostengünstige Hausanschlüsse von Trink- und Abwasser-, Gas-, Strom- sowie Telekommunikationsleitungen.



Unter dem Motto „Leistung.Macht.Spaß“ fand auf Einladung des Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid ein Sportgespräch im Bayerischen Landtag statt. Die Vorsitzenden der großen Sportverbände in Bayern diskutierten über die aktuellen Herausforderungen des Sports. Im Bild von links: Günther Lommer, Präsident des Bayerischen Landes-Sportverbands e.V., Berthold Rütth, sportpolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, sowie Hartmut Courvoisier, Präsident des Bayerischen Behinderten- und Rehabilitations-Sportverbands e.V.



Der Antrittsbesuch des Bundespräsidenten Dr. h.c. Joachim Gauck war ein großer Tag für den Bayerischen Landtag. Das Lob des Mecklenburgers für Bayern hat die CSU-Fraktion sehr gefreut. Die Abgeordneten der Fraktion haben mit ihm unter anderem über die Zukunft des Föderalismus gesprochen.



Den Kultur- und Kreativwirtschaftsbericht der Staatsregierung hat die CSU-Fraktion zum Anlass genommen, um sich mit Vertreterinnen und Vertretern der Kultur- und Kreativwirtschaft darüber auszutauschen.



Auf Einladung von Klaus Stöttner, tourismuspolitischer Sprecher der CSU-Fraktion, fand ein Branchengespräch mit der Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, Ilse Aigner, MdB, und den Vertretern der Versicherungswirtschaft/Vertrieb Bayern im Bayerischen Landtag statt.



Auf Einladung unseres Fraktionsvorsitzenden Georg Schmid, Markus Blume, MdL, und Dr. Florian Herrmann, MdL, fand ein bayerisches Spitzengespräch zur „Cyber-Sicherheit“ im Landtag statt. Zusammen mit Bundesinnenminister Dr. Hans-Peter Friedrich, MdB, dem CIO der Bayerischen Staatsregierung, Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, MdL, und Spitzenvertretern der bayerischen Sicherheitsindustrie wurden zukünftige Handlungsfelder für die „IT-Sicherheit“ der Zukunft beschrieben.



Der Arbeitskreis Wehrpolitik unter Leitung von Johannes Hintersberger, MdL (3.v.l.), tauschte sich auf einer Informationsfahrt in Berlin mit dem Parlamentarischen Staatssekretär Christian Schmidt, MdB (4.v.l.), Dr. Reinhard Brandl, MdB, Mitglied im Verteidigungsausschuss (links) und Bartholomäus Kalb, MdB, Mitglied im Haushaltsausschuss (2.v.r.) aus. In den Gesprächen ging es insbesondere um die Zukunft der militärischen Luft- und Raumfahrt. In der Branche sind allein in Bayern 60.000 Männer und Frauen beschäftigt.



Parlamentarischer Abend anlässlich des 20-jährigen Bestehens des Landesfeuerwehrverbands Bayern mit Dr. Florian Herrmann, MdL, Staatsminister Joachim Herrmann, MdL, Fraktionsvorsitzendem Georg Schmid, MdL, und Alfons Weinzierl, Vorsitzender des Landesfeuerwehrverbandes Bayern e.V.



Unter dem Motto „Qualität braucht Zeit“ haben sich Studierende der Fachakademie für Sozialpädagogik Maria Stern in Augsburg an die CSU-Fraktion gewandt und sich für die fünfjährige (2 + 3 Jahre) Erzieherinnenausbildung ausgesprochen. Joachim Unterländer, der sozialpolitische Sprecher der CSU-Landtagsfraktion, hat die Gruppe mit Schulleiter Siegfried Fuchs zu einem Gespräch eingeladen und dabei das fachliche wie staatsbürgerliche Engagement der Studierenden und der Lehrkräfte sehr begrüßt.

ANWÄLTE SIND EINE STÜTZE DES RECHTSSTAATS



Die Mitglieder des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz mit Vertretern der drei bayerischen Rechtsanwaltskammern.

Gedankenaustausch mit den Rechtsanwaltskammern

„Viel Verständnis“ zeigte die Vorsitzende des Arbeitskreises für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz, Petra Guttenberger, MdL, für die Forderung der Rechtsanwaltskammern nach einer angemessenen Erhöhung der Rechtsanwaltsgebühren und versicherte den Anwälten ihre Unterstützung in der aktuellen Debatte um das Kostenrechtsmodernisierungsgesetz. Die Mitglieder des Arbeitskreises hatten sich mit Vorständen und Geschäftsführern aller drei bayerischen Rechtsanwaltskammern zum Gedankenaustausch im Maximilianeum getroffen. Angeführt wurde die Delegati-

on der Anwaltschaft vom Präsidenten der Rechtsanwaltskammer München, Hans-Jörg Staehle. „Die Rechtsanwälte sind eine Stütze des Rechtsstaats und haben einen Anspruch auf eine regelmäßige Anpassung ihrer Gebühren. Kosten und Löhne steigen. Dies muss auch bei den Gebühren berücksichtigt werden. Als Landesgesetzgeber müssen wir dabei aber auch die damit verbundenen Belastungen für den Haushalt bei Prozesskosten- und Beratungshilfe im Blick haben. Hier gilt es, einen angemessenen Interessenausgleich zu finden“, so Petra Guttenberger nach dem Gedankenaustausch. ■

DIE BAYWA WIRD WEIBLICHER

Chancen für Frauen und Familien



Die Mitglieder der Arbeitsgruppe Frauen, Kerstin Schreyer-Stäblein, MdL, Reserl Sem, MdL, und die Vorsitzende, Gudrun Brendel-Fischer, MdL, mit dem Vorstandsvorsitzenden Klaus Josef Lutz.

Unter dem Motto „Zukunftsgerechte Arbeitswelt – Chancen für Frauen und Familien“ fand auf Einladung der Vorsitzenden der Arbeitsgruppe Frauen, Gudrun Brendel-Fischer, MdL, ein Gespräch mit dem Vorstandsvorsitzenden der BayWa AG, Klaus Josef Lutz, und weiteren Verantwortlichen des internationalen Handels- und Dienstleistungskonzerns statt. Diskutiert wurden neben den aktuellen Entwicklungen des zum Global Player gewachsenen Unternehmens vor allem die Themen Fachkräf-

tegewinnung, Frauen in Führungspositionen und Ausbildungsqualität. „Die BayWa AG ist ein attraktiver Arbeitgeber für internationale Fachkräfte“, konstatierte Brendel-Fischer nach einer kurzen Unternehmenspräsentation. Der Milliardenkonzern ist weltweit tätig und ein Unternehmen mit langer Tradition. „Im Jahr 2011 hat das Münchner MDAX-Unternehmen bei rund 9,6 Mrd. Euro Umsatz einen Gewinn vor Steuern und Zinsen (Ebit) von 151,4 Mio. Euro geschrieben“, so Vorsitzender Lutz, der

die BayWa die letzten Jahre auf Wachstumskurs gebracht hat. „Wir orientieren uns am langfristigen Erfolg mit einem nachhaltigen und transparenten Geschäftsmodell. Strategisch setzen wir auf Wachstum und die Erschließung neuer Geschäftsfelder“, ergänzt der Vorsitzende. Der Konzernumbau habe viele Facetten. Der wichtigste Teil der Transformation sei jedoch die Internationalisierung des Konzerns – und das nicht nur durch weltweite Zukäufe. Lutz sieht seine Hauptaufgabe in der Anpassung der Unternehmenskultur. Mehr Frauen, mehr Arbeitnehmer mit Migrationshintergrund und mehr junge Leute mit internationalen Karrieren wolle die BayWa beschäftigen. Die BayWa unterstütze alle Angestellten in Elternzeit durch Fortbildungsprogramme und plane darüber hinaus die Einrichtung eines Betriebskindergartens. Nach dem Gespräch zeigten sich die CSU-Damen begeistert. „Es ist hervorragend, dass die BayWa in München ansässig ist und mit ihrem weltweiten Expansionskurs nicht nur die Wirtschaft in der Region stärkt, sondern dem Freistaat auch zu internationalem Ansehen verhilft“, so Gudrun Brendel-Fischer abschließend. ■



Die Karpatendeutschen und die Deutschen aus Ungarn zu Besuch im Landtag. Gedankenaustausch mit den Böhmerwäldlern.

GESPRÄCHSREIHE FORTGESETZT

Von der Erlebnis- zur Bekenntnisgeneration

Die Arbeitsgruppe „Vertriebenenpolitik und Partnerschaftsbeziehungen“ setzte ihre Gesprächsreihe mit den Landsmannschaften in Bayern fort. Im Mittelpunkt des Gedankenaustausches mit den Böhmerwäldlern, der einen Tag vor der historischen Rede des tschechischen Premierministers RNDr. Petr Necas im Landtag stattfand, stand die Frage, wie das kulturelle Erbe der Böhmerwälder für künftige Generationen erhalten werden kann. Die Arbeitsgruppenvorsitzende Christa Matschl und ihre Kollegen Reinhard Pachner und Josef Zellmeier gratulierten den Böhmerwäldlern dazu,

dass es ihnen gelungen ist, ihr Museum ins Eigentum ihrer Patenstadt Passau zu überführen, die sich verpflichtet hat, es als Teil des Stadtmuseums fortzuführen. Auch der Gedankenaustausch mit den Karpatendeutschen und den Deutschen aus Ungarn machte deutlich, dass die Landsmannschaften in den kommenden Jahren vor der schwierigen Aufgabe stehen, die Nachkommen der Heimatvertriebenen, die so genannte Bekenntnisgeneration, für ihre Arbeit zu gewinnen. Um das Interesse der jungen Generation an der Geschichte der ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete zu wecken, sollte

– und da waren sich alle Teilnehmer einig – das Thema noch stärker in den Lehrplänen der bayerischen Schulen verankert werden. Die Arbeitsgruppenvorsitzende Christa Matschl und ihr Kollege Josef Zellmeier, der auch Landesvorsitzender der Karpatendeutschen ist, betonten in diesem Zusammenhang auch, dass sie sich weiterhin mit Nachdruck für die Einführung eines Nationalen Gedenktags für die Opfer von Flucht und Vertreibung einsetzen werden. Die Erinnerung an das Schicksal der deutschen Heimatvertriebenen wachzuhalten, sei der CSU-Fraktion seit jeher ein wichtiges Anliegen. ■

BEZAHLBAREN WOHNRAUM SICHERN

Wohnungs- und Städtebauförderung stärken

„Bezahlbaren Wohnraum zu sichern und ausreichend viele neue familien- und altersgerechte Wohnungen zu schaffen, ist und bleibt eine der zentralen Aufgaben der nächsten Jahre. Wir verfolgen diese Ziele bereits seit Längerem mit einer Reihe von Maßnahmen. So hat der Freistaat alleine in den letzten fünf Jahren über eine Milliarde Euro in die Wohnraumförderung investiert. Beispielhaft genannt seien auch der rechtliche Schutz von Mietwohnraum vor Zweckentfremdung oder verlängerte Kündungssperrfristen, zum Beispiel bei Eigenbedarf auf zehn Jahre“, so Karl Freller, der stellvertretende Fraktionsvorsitzende und Leiter der Arbeitsgruppe „Große Städte“ seiner Fraktion. Die Lage auf dem bayerischen Wohnungsmarkt war kürzlich zentrales Thema einer Sitzung der CSU-Landtagsfraktion. Die CSU-Abgeordneten haben dabei eine Reihe von Maßnahmen gegen den Mangel an bezahlbarem Wohn-

raum beraten. Besonders ins Visier nahmen die Parlamentarier die gestiegenen Mieten in den Ballungszentren. „Von entscheidender Bedeutung ist, den Wohnungsbau massiv anzukurbeln. Deshalb wollen wir die Wohnungs- und Städtebauförderung stärken und die Förderbedingungen noch passgenauer ausgestalten. Seine Kompensationsmittel muss der Bund auch nach 2013 fortführen“, so Eberhard Rotter, der Vorsitzende der Arbeitsgruppe Wohnungs- und Städtebau. „Wir brauchen Rahmenbedingungen, die private Kapitalgeber ermuntern, in den Wohnungsbau zu investieren. Ich denke an steuerliche Anreize und verbesserte Abschreibungsmöglichkeiten“, so Rotter weiter. Besonders dramatisch ist die Situation in der Landeshauptstadt München, wo die Wohnkosten zuletzt erheblich gestiegen sind. Um den weiteren Mietanstieg zu begrenzen, fordert Joachim Unterländer, der sozialpolitische Sprecher der

CSU-Landtagsfraktion, schnellstmöglich von der Möglichkeit Gebrauch zu machen, die Kappungsgrenze für Mietpreiserhöhungen in Gemeinden mit Wohnungsnot von 20 auf 15 Prozent abzusenken. „Wohnen muss im Ballungsraum für die Bevölkerung bezahlbar sein. Dazu gehört auch ein Genehmigungsvorbehalt in Erhaltungssatzungsgebieten“, so Unterländer weiter. Der Wohnungsmangel lasse sich nur durch gemeinsame Anstrengungen von Bund, Land, Kommunen und Bauwirtschaft lösen. Grundvoraussetzung sei aber, dass zusätzliches Bauland aktiviert und innerörtliche Bereiche nachverdichtet werden. Eine besondere Verantwortung komme dabei den Kommunen im Rahmen ihrer kommunalen Planungshoheit zu. Das bayerische Kabinett hat am 12. März verschiedene Maßnahmen zur Wohnungspolitik beschlossen. Eine Zusammenstellung der Beschlüsse finden Sie unter: www.bayern.de ■

